

Bundesanwaltschaft klagt Kurden an

Karlsruhe. Ein mutmaßlicher Funktionär der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK muss sich aller Voraussicht nach in Koblenz vor Gericht verantworten. Die Bundesanwaltschaft hat dort am Oberlandesgericht Anklage gegen den Mann erhoben, wie die Karlsruher Behörde am Montag mitteilte. Er war Ende April in Bremen festgenommen worden und befindet sich seither in Untersuchungshaft. Der Mann, der die türkische Staatsangehörigkeit hat, soll seit Mai 2018 als hauptamtlicher PKK-Kader tätig gewesen sein. Er sei »Sektorleiter« für die »PKK-Regionen« Hamburg, Berlin und Niedersachsen gewesen. Die Bundesanwaltschaft stuft die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) als ausländische terroristische Vereinigung ein. (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/435018.bundesanwaltschaft-klagt-kurden-an.html>